

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Erste Ausgabe jeden Freitag abends. Bezugspreis: Bei Abholung in den Frankfurter Kassenstellen monatlich 5 Mk. Bei Bestellung durch Post und Post frei bei Post monatlich 5,50 Mk. Vierteljährlich 16,50 Mk. Halbjährlich 32 Mk. mit „Anzeiger“ 25 Mk. Bestellungen werden von den Kassen und Kassenstellen in Stadt und Land, sowie von allen Postämtern angenommen.

Anzeigenpreis: Die 20 mm breite einseitige Zeile 1 Mk., im ersten Teil bis 100 mm Breite 1,50 Mk., im zweiten Teil bis 200 mm Breite 2 Mk., im dritten Teil bis 300 mm Breite 2,50 Mk., im vierten Teil bis 400 mm Breite 3 Mk., im fünften Teil bis 500 mm Breite 3,50 Mk., im sechsten Teil bis 600 mm Breite 4 Mk., im siebten Teil bis 700 mm Breite 4,50 Mk., im achten Teil bis 800 mm Breite 5 Mk., im neunten Teil bis 900 mm Breite 5,50 Mk., im zehnten Teil bis 1000 mm Breite 6 Mk. Die Anzeigen sind bei Abgabe zu besetzen. Für Nachdruck und Verwertung 50 % Zuschlag. Die Anzeigen sind bei Abgabe zu besetzen. Für Nachdruck und Verwertung 50 % Zuschlag. Die Anzeigen sind bei Abgabe zu besetzen. Für Nachdruck und Verwertung 50 % Zuschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Bfha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg, sowie sonstiger Staats- und Gemeindebehörden für den Amtsbezirk Frankenberg.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Röhberg sen. in Frankenberg i. Sa. Druck und Verlag von C. G. Röhberg, Frankenberg i. Sa.

Nr. 122

Sonnabend den 28. Mai 1921 nachmittags

80. Jahrgang

Ausgabe von Zuckerkarten

im Rathaus
Erdbeschuß, Vorderzimmer

Montag den 30. Mai 1921 von 8-3 Uhr durchgehend	1. Bezirk
Dienstag " 31. " " " " " " " " " " " "	2. Bezirk
Mittwoch " 1. Juni " " " " " " " " " " " "	3. Bezirk
Donnerstag " 2. " " " " " " " " " " " "	4. Bezirk

Die Haushaltungskasse ist vorzulegen. Die Ausgabeseiten sind pünktlich einzuhalten. Nachzügler erhalten Zuckerkarten erst ab Freitag den 3. Juni gegen Entrichtung einer Gebühr von 50 Pfg.

Frankenberg, den 28. Mai 1921.
Der Stadtrat.

Meldestelle für Veranstaltungen von Versammlungen, Vereinsvergängen, Konzerten, Vorträgen und dergl.

Bei der unterzeichneten Behörde besteht eine Meldestelle der oben bezeichneten Art. Diese bewirkt, das häufig vorgekommene Zusammenfallen verschiedener Veranstaltungen auf einen Tag zu verhindern. Im Rathaus (Zimmer Nr. 6) liegt deshalb eine Liste aus, in die alle geplanten Veranstaltungen (Ort, Zeit und Art derselben) eingetragen werden sollen und wo vor Festsetzung einer Veranstaltung Einsicht genommen werden kann.

Alle Beteiligten werden deshalb ersucht, von dieser Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen und die geplanten Veranstaltungen rechtzeitig in die Liste eintragen zu lassen.

Stadtrat Frankenberg, am 27. Mai 1921.

Versteigerung in Niederwiesau

Montag den 30. Mai 1921 vormittags 10 Uhr sollen in Niederwiesau zwei Rüstwagen gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Sammelort: Gasthof „Zur Linde“
Frankenberg, den 27. Mai 1921.
Der Gerichtsvollzieher.

Obstbaumschädlinge

Den Besitzern von Obstbäumen im hiesigen Stadtgebiet wird hiermit aufgegeben, soweit es noch nicht geschehen ist, bis zum 15. Juni ds. Js. zum Zwecke der Bekämpfung der Obstbaumschädlinge alle Obstbäume mit Fanggürteln zu versehen.

Wer das Anlegen von Fanggürteln unterläßt oder nicht rechtzeitig bewirkt, hat eine Geldstrafe bis zu 150 Mark, ersatzweise entsprechende Haftstrafe, zu gewärtigen.

Stadtrat Frankenberg, am 27. Mai 1921.

Unveränderte Lage in Oberschlesien

Die Transportlinie der englischen Bataillone für Oberschlesien. Die Truppentransporte der vier englischen Bataillone für Oberschlesien haben am Freitag früh begonnen. Im ganzen sind 10 Sonderzüge vorgefahren. Täglich sollen 1 bis 2 Züge abgefahren werden, so daß also in 5 Tagen die Transporte erledigt sein würden. Die Transporte nehmen den Weg von Mainz über Wehra, Erfurt, Leipzig, Sagan, Breslau nach Oppeln, wo bereits Nachquartiere für die Truppen angeordnet sind.

Lord George hat im Unterhause erklärt, daß die Kosten der britischen Truppen im oberschlesischen Abstimmungsgebiet diesem Gebiete zur Last fallen würden.

Amerika in Handelsfreiheit mit den früher feindlichen Staaten

Paris, 27. 5. Das amerikanische Staatsdepartement teilte gestern abend mit, daß alle Einschränkungen des Handels mit den früheren Feinden für sämtliche Bürger der Vereinigten Staaten aufgehoben sind. Nur dürfte sich der Handel nicht auf jene Beschlagnahmen beziehen, die im Verlaufe des Krieges in Anspruch genommen wurden.

Harding konferiert mit amerikanischen Bankiers.

Paris, 27. 5. Zum ersten Male seit der Präsidentschaft von Roosevelt hat Präsident Harding jetzt eine Gruppe amerikanischer Bankiers in das Weiße Haus geladen. Der Sekretär Melone und der Handelsminister Hoover wohnten der Besprechung bei. Sie drehten sich hauptsächlich um die Zeichnung ausländischer Anleihen. Präsident Harding erklärte den Bankiers, daß er prinzipiell keinen Widerspruch erheben würde, wenn solche Anleihen gezeichnet werden, daß aber alles geschehen müsse, damit der amerikanische Handel geschützt werde. Präsident Harding ließ den Bankiers keinen Zweifel, daß er auf der Durchführung der genannten beiden Programmpunkte bestehen möchte. Die Bankiers bräuteten ihre Bereitwilligkeit aus, mit der Regierung in diesem Sinne zusammenzuarbeiten. Ein endgültiges Projekt wurde noch nicht aufgestellt. Doch sollen derartige Konferenzen in rascher Folge stattfinden, wobei alles geschehen soll, um die Interessen des Handels und der Industrie mit denen der Banken in Einklang zu bringen. Die Bankiers gaben dem Präsidenten anzuwendend zu verstehen, daß es für die Finanzlage von besonderer Bedeutung sei, daß Europas Wirtschaft wieder aufgeföhren wird. Die finanzielle Not Europas sei außerordentlich akut und eine Ausbehrung des amerikanischen Exportes auf die europäischen Städte werde zur Aufbesserung der Finanzlage von besonderer Wichtigkeit sein.

Der Generalstabschef v. Bieber sagt aus, daß sich die Gefangenen, als er das Lager revidierte, über die Verpflegung beschwert hätten. Der Zeuge Dr. Hirsch-Selburg hatte als Divisionsarzt das Lager revidiert. Die hiesigen Gefangenen seien gut genährt gewesen, während die gewöhnlichen Gefangenen, die arbeiten mußten, sehr abgemagert waren. Von Mitte Mai ab kamen täglich Todesfälle vor. Die Ärzte Dr. Kesseler-Wanne und Dr. Staebler-Wänstorf wiesen darauf hin, daß damals die Ernährungslage in ganz Deutschland sehr schlecht war. Unter den damaligen Verhältnissen konnten die sanitären Verhältnisse in den Lagern nicht ausreichend verbessert werden.

Immer neue Teilungspläne

Alle Kreise, denen das Recht nicht der Gegenstand des Feilschens ist, müssen mit steigender Entrüstung von den Ententeplänen hören, in Oberschlesien den Friedensvertrag zu sabotieren. Der Graf Sforza spielt bei den Plänen über die Teilung Oberschlesiens eine überaus zweifelhafte Rolle, die sich unvorsichtlich von dem rätselhaften Eintreten der Italiener in Oberschlesien für Recht und Ordnung abhebt. Der italienische Außenminister kennt offenbar nur eine Sache und das ist die, in Paris und in Warschau sich lieb Kind zu machen. Nach einer französischen Meldung soll er den Polen 45 Prozent der Stimmen anrechnen wollen. Was heißt das? Die Polen haben in Oberschlesien 38 Prozent der Stimmen erhalten, und heute ist sich jeder Mensch, der die Dinge kennt, darüber klar, daß dieses Resultat nur durch einen unerhörten polnischen Terror erzielt werden konnte. Dennoch stellt sich Deutschland auf den Boden der gegebenen Zahlen. Danach hat Oberschlesien wie auch in besonderen das Industriegebiet eine klare deutsche Mehrheit. Wenn der Graf Sforza mit raketischen Kunststücken diese Tatsachen aus der Welt zu spielen sucht, so würdigt er das italienische Ansehen aufs Empfindlichste herab. Eine amerikanische Meldung will wissen, das Graf Sforza auf der Vologner Konferenz den Plan der Schaffung eines unabhängigen Oberschlesiens einbringen werde. Danach sollen einige kleine Industriegebiete an der polnischen Grenze den Polen und mehrere von den größeren Städten mit deutscher Mehrheit Deutschland zugesetzt werden. Das Hauptindustriegebiet aber soll einen unabhängigen Staat unter der Hoheit des Obersten Rates oder des Völkerbundes bilden. Von allen solchen Konstruktionen weiß der Friedensvertrag nichts, und es wäre wirklich an der Zeit, daß man in Italien dem Grafen Sforza einmal klar macht, wie dieser Kampf gegen das klare Recht und den Sinn des Friedensvertrages die italienische Politik bloßstellen muß. Außerdem sollte der Gedanke einer weiteren Atomisierung Mitteleuropas endlich aufgegeben werden. Die künstlich konstruierten Freistaaten sind in keiner Weise lebensfähig und die oberschlesische Wirtschaft vor allem müßte für den Wiederaufbau der Welt verloren gehen, wenn nicht die geordnete deutsche Führung dort sich in Zukunft betätigen kann.

Der Leipziger Prozeß

Die Verhandlung gegen Hauptmann Müller.

Unmittelbar an die Verurteilung des Urteils gegen den ersten Kriegsgefangenen schloß sich der zweite Kriegsgefangenen-Prozeß. Er richtete sich gegen den Hauptmann der Landwehr a. D. Rechtsanwält Emil Müller aus Karlsruhe in Baden wegen Gefangenemißhandlung. Der Angeklagte war von Anfang April bis Anfang Mai 1918 Kommandant des englischen Gefangenensagers Frau le Wartel.

Der Präsident hielt dem Angeklagten vor, daß aus den Akten zu ersehen ist, daß sich im Lager Vorgänge ereignet haben, die als furchtbar bezeichnet werden müssen. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er vom April bis Mai 1918 durch mehrere selbständige Handlungen vorsätzlich englische Kriegsgefangene gestochen, geschlagen oder auf andere Weise mißhandelt habe. Weiter wird der Angeklagte beschuldigt, einem Diphtherie-Kranken mit Gewalt den Mund aufgerissen zu haben.

Der Angeklagte gibt sodann ein Bild von den mangelhaften Verhältnissen und den unzureichenden sanitären Einrichtungen im Lager. Durch die grauenhaften Zustände im Lager, so bemerkt der Präsident, sollen fünf bis sechs Personen gestorben sein. Der Angeklagte erwidert, es sei nur ein einziger Mann gestorben, und der sei mit allen militärischen Ehren begraben worden. Gegen den Vorwurf der Leichenhändlung verwehrt sich der Angeklagte sehr entschieden.

Die englischen Zeugen, die sodann vernommen wurden, schildern die überaus schlechten Gesundheitszustände in dem Lager, die schlechte Ernährung, die große Verlausung und die überaus mangelhaften hygienischen Einrichtungen. Ein sehr ungünstiges Bild entwerfen sie von dem Angeklagten, der sie oft geschlagen habe und selbst Kranke mit Stockschlägen zur Arbeit getrieben habe.

Lenins neue Wirtschaftspolitik

Reval, 27. 5. Am 17. Mai ist in Moskau der Kongreß der Allrussischen Gewerkschaftsverbände mit 3000 Delegierten und am 18. der Allrussische Kongreß der Wirtschaftsräte mit 540 Delegierten eröffnet worden. Am 23. Mai ist das Zentral-Exekutivkomitee zu einer Tagung zusammengetreten.

Zur Beratung und Beschlussfassung liegen die neuen Grundzüge Lenins über die Wirtschaftspolitik der Sowjetrepublik, insbesondere über die Naturalsteuer. Eine bedeutende Erweiterung des neuen Revisionsprogramms steht in Aussicht. Mit Hilfe der Naturalsteuer soll unverzüglich ein staatskapitalistisches System als Uebergang zum Sozialismus geschaffen, die Rückständigkeit der kleinstädtlichen Produktionsbetriebe durch den Ausbau von staatskapitalistischen Großbetrieben beseitigt und der staatskapitalistische Einfluß auf die Großbetriebe durch die Konjunktionspolitik gesichert werden.

Die durch die Naturalsteuer geschaffene Entwicklung des Kapitalismus soll in die Bahn des genossenschaftlichen Kapitalismus der Kooperativen gelenkt, für den staatlichen An- und Verkauf sollen Kapitalisten gegen Provision als Händler herangezogen werden und die Verpachtung staatlicher Unternehmungen an Kapitalisten nach den bei der Einteilung von Konjunktionsstellen geltenden Grundregeln stattfinden.

Es wird angenommen, daß die Grundzüge Lenins trotz der Opposition eines Teiles der Delegierten angenommen werden.

Die erste Goldmilliarde fristgemäß abgeliefert

Die Reparationskommission hat verlangt, daß die als erste Anzahlung auf die eine Milliarde Goldmark von der deutschen Regierung angebotenen 150 Millionen Goldmark nicht in verschiedenen ausländischen Devisen in Dollar bezahlt werden. Wie bekannt, ist der Umtausch jetzt durchgeführt und die 150 Millionen Goldmark sind in Dollar vollständig an die Federal-Reserve-Bank abgeliefert worden. Vor Ablauf der 25tägigen Frist sollte bekanntlich die Zahlung von 850 Millionen Goldmark erfolgen, über deren

Sächsische Volkstammer

Dresden, 27. 5. Präsident Frähdorf eröffnet die 52. Sitzung vormittags 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht als einziger Gegenstand die erste Beratung der Regierungsvorlage, den Entwurf eines Grundsteuergesetzes betreffend.

Finanzminister Heldt: Der heute zur Beratung stehende Entwurf einer Grundsteuer dürfte neben dem zu erwartenden Entwurf einer Gewerbesteuer zu den einschlagendsten Vorlagen gehören. Es ist nicht daran zu denken, daß wir mit den jetzigen Steuern auskommen oder den Etat balancieren können. Der Weg neuer Anleihen dürfte bei der Ueberfüllung des Anleihemarktes nicht gangbar sein, so bleibt nur die Suche nach neuen Steuern übrig. Es wäre schließlich noch möglich, mit den Einnahmen auszukommen, wenn nicht täglich neue Bedrückungen Deutschlands erfolgten. Wenn bei der Entente in vieler Hinsicht keine Umkehr erfolgt, ist der Zusammenbruch nicht auszuschließen. Der einzigen Tagung ist zwar eine Mitteilung durch die Presse gegangen, daß wir von der Reichseinkommensteuer mehr erhalten hätten, als wir zu beanspruchen haben. Aber der hintere Bote kommt infolgedessen nach, als uns die zuviel erhaltene Einkommensteuer im Rechnungsjahre 1921 gekürzt wird. Wir müßten also zu neuen Maßnahmen kommen. Die neue Grundsteuer soll im Gegensatz zu dem alten Gesetz beweglicher gehalten werden. Das Auskommen der Steuer ist auf 140 Millionen Mark geschätzt worden. Dazu kommen noch die Zuschläge für den Wohnungsbau. Nun liegt dem Reichstag noch ein Mietssteuergesetz vor, aber wir können nicht länger warten, wenn uns nicht die nötigen Summen für Tilgung und Verzinsung der Bauleihen verloren gehen sollen. Außerdem ist die Annahme des Mietssteuergesetzes im Reichstag fraglich, weil daran schwerwiegende soziale Vergünstigungen geknüpft sind, die eine Erhebung der Mietssteuer beinahe unmöglich machen. Die Einführung von Steuerausfällen war nötig, weil das Reich es abgelehnt hat, den Landesfinanzämtern wegen Ueberlastung die Veranlagung und Einhebung der Grundsteuer zu übertragen. Hier zeigt sich wiederum deutlich, daß es ein großer Fehler war, den quasi-funktionierenden Steuerorganismus der Länder zu zerstückeln, so daß das Reich nunmehr die seiner Finanzverwaltung übertragenen Arbeiten nicht leisten kann. (Zuruf rechts: Wer ist daran schuld?) Wir meinen, daß es doch wieder zu einer Zentralisation der Steuerverwaltung kommen muß. Die

Die Reparationskommission hat verlangt, daß die als erste Anzahlung auf die eine Milliarde Goldmark von der deutschen Regierung angebotenen 150 Millionen Goldmark nicht in verschiedenen ausländischen Devisen in Dollar bezahlt werden. Wie bekannt, ist der Umtausch jetzt durchgeführt und die 150 Millionen Goldmark sind in Dollar vollständig an die Federal-Reserve-Bank abgeliefert worden. Vor Ablauf der 25tägigen Frist sollte bekanntlich die Zahlung von 850 Millionen Goldmark erfolgen, über deren

Die Reparationskommission hat verlangt, daß die als erste Anzahlung auf die eine Milliarde Goldmark von der deutschen Regierung angebotenen 150 Millionen Goldmark nicht in verschiedenen ausländischen Devisen in Dollar bezahlt werden. Wie bekannt, ist der Umtausch jetzt durchgeführt und die 150 Millionen Goldmark sind in Dollar vollständig an die Federal-Reserve-Bank abgeliefert worden. Vor Ablauf der 25tägigen Frist sollte bekanntlich die Zahlung von 850 Millionen Goldmark erfolgen, über deren